

# Die geopolitischen Gestaltungsbedingungen der Ostgrenzen Polens nach dem Ende des Ersten Weltkriegs

von Marek Żejmo

## 1. Die geopolitischen Hintergründe der Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates

Die Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates wurde schon während des Ersten Weltkriegs entschieden, die Frage der Schaffung der polnischen Grenzen blieb jedoch besonders im Osten unklar und strittig. US-Präsident Woodrow Wilson war überzeugt, dass Polen „should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea“.<sup>1</sup> Nach Gesprächen mit den wichtigsten Vertretern der polnischen Unabhängigkeitsbewegungen Ignacy Jan Paderewski (1860–1941)<sup>2</sup> und Roman Dmowski (1864–1939)<sup>3</sup>, in denen er sich mit ihren Erwartungen vertraut gemacht hatte, urteilte er jedoch, sie hätten ihm eine Karte der künftigen Gebiete des erneuerten Polens gezeigt, „auf der sie praktisch die halbe Welt einforderten“.<sup>4</sup> Paderewski verlangte kategorisch die Angliederung von Danzig und Oberschlesien an Polen.<sup>5</sup> Dieser Standpunkt erregte entschlossenen Widerstand von deutscher Seite, dennoch konnte im Juni 1919 eine Einigung über den Punkt des Friedensvertrags erreicht werden, dem zufolge die territoriale Zugehörigkeit und der Grenzverlauf zwischen Polen und Deutschland durch ein Plebiszit unter den Bewohnern der umstrittenen Gebiete entschieden werden sollte.

Während der Konferenz von Versailles kam kein Widerspruch gegen die Ausrufung eines unabhängigen Polen auf. Die Rückkehr zur Staatlichkeit wurde von den Staaten Westeuropas sogar begrüßt, da im Osten der erste kommunistische Staat entstand, gegen dessen befürchtete Expansion nach Westen Polen eine Rolle als Pufferzone einnehmen sollte. Die Ostgrenzen Polens verliefen durch Flächen der russischen und österreichischen Teilungsbereiche. Österreich war zwar noch vor der Gründung eines unabhängigen Polens zerfallen, die Nationalitätenpolitik der österreichisch-ungarischen Regierung blieb auf dem Gebiet Ostgaliziens aber kompliziert und lief den national-ethnischen Verhältnissen zuwider. Da Österreich-Ungarn bezwungen worden war, maßten sich die westlichen Siegermächte das entscheidende Wort über die Zukunft der Gebiete des besiegten Kaiserreichs an. Damals markierten die Frontlinien in Litauen, Belarus und der Ukraine die Staatsgrenzen in diesen

- 1 Zit. nach Ferdinand Czernin: Die Friedensstifter. Männer und Mächte um den Versailler Vertrag, Bern u.a. 1968, S. 34.
- 2 Ignacy Jan Paderewski – weltberühmter polnischer Pianist, Komponist, Unabhängigkeitsaktivist, Politiker. Polnischer Ministerpräsident und Außenminister.
- 3 Roman Dmowski – Politiker, Staatsmann, Außenminister, Abgeordneter im Sejm der Republik Polen, poln. Ministerpräsident, Gründer der Nationaldemokraten, Ideologe des polnischen Nationalismus, politischer Gegenspieler von Józef Piłsudski.
- 4 Eugeniusz Römer: Pamiętnik Paryski 1918–1919 [Pariser Tagebuch 1918–1919], Wrocław 2010, Bd. 1, S. 25.
- 5 Vgl. Czernin, Die Friedensstifter (wie Anm. 1), S. 210.

Gebieten. Aber schon während des Weltkriegs entwarfen polnische Unabhängigkeitsaktivisten zwei Konzeptionen zum Gestaltungsprinzip dieser Grenze.<sup>6</sup>

Józef Piłsudski (1867–1935)<sup>7</sup> und die 1892 von ihm gegründete Polnische Sozialistische Partei (PPS) hingen der föderativen Idee an, die die Ablösung von Litauen, Belarus und der Ukraine von Russland als unabhängige Staaten innerhalb einer Föderation mit Polen befürwortete.<sup>8</sup> Diese Staaten sollten eine Pufferzone gegen russische Aggressionen bilden. Die andere Konzeption stammte von Dmowski, der Anhänger einer Inkorporation war, d.h. einer Angliederung derjenigen litauischen, belarussischen und ukrainischen Gebiete an Polen, in denen Polen eine deutliche Bevölkerungsmehrheit von ca. 60 Prozent bildeten. In der neuen Situation nahm die Betonung der entscheidenden Rolle der polnischen Nation einen nationalistischen Tonfall an, was eine eher ablehnende Haltung der nationalen Minderheiten gegenüber Polen bedingte. Während der über 100 Jahre währenden Teilung kam es in den östlichen Grenzgebieten Polens (poln. *Kresy*) zu wichtigen Änderungen. Gleichzeitig mit den nationalen Emanzipationsprozessen traten in beinahe ganz Russland neue, bislang unbekannte gesellschaftliche Prozesse auf, es kam zu einer Radikalisierung der sozialen Kräfte und neue politische Bewegungen formierten sich, was die revolutionäre Stimmung anwachsen ließ, wovor man sich in Europa und in Polen so gefürchtet hatte.

In dieser Situation wurde die Tatsache, dass die polnische Bevölkerung dieser Gebiete trotz der langjährigen Russifizierung und trotz vieler Enteignungen nach den November- und Januaraufständen einen bedeutsamen Teil der Landgüter in ihrem Besitz hielt, zu einem wichtigen Element der nationalen Beziehungen. Auch die Besitzer eines Großteils der Lebensmittel verarbeitenden und Industriebetriebe waren Polen. Dies waren die Ursachen dafür, dass sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nationalistische, antizaristische und revolutionäre Bewegungen zu einem großen Teil gegen die dort lebenden Polen wandten. Außerdem sollten auch objektive, aus den komplizierten nationalen, sprachlichen und religiösen Verhältnissen resultierende und kontrovers betrachtete Faktoren berücksichtigt werden, die eine eindeutige Einschätzung der nationalen Zugehörigkeit erschwerten. Über viele Jahrzehnte hinweg hatte sich hier nämlich eine Mischung von Nationalitäten, Kulturen und Sprachen entwickelt, die viele Zentren „russisch-orthodoxer Polen“ schuf – 497 000, wie die späteren Volkszählungen der Jahre 1921 und 1931 zeigten. Die Nationalitätenlisten erfassten zudem 700 000 Poleschuken, die sich der „hiesigen“ Sprache bedienten, ebenso wie 400 000 Personen jüdischen Glaubens, die als Muttersprache die polnische angaben.<sup>9</sup> Rechnet man noch die Tausenden von Angehörigen der unierten Kirchen dazu, die von

6 Vgl. Aleksy Deruga: *Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy (1918–1919)* [Die Ostpolitik Polens gegenüber Litauen, Belarus und der Ukraine (1918–1919)], Warszawa 1969.

7 Józef Piłsudski – Politiker, Staatsmann, Gründer der Polnischen Sozialistischen Partei. Seit 11.11.1918 Oberbefehlshaber der polnischen Armee und Staatsführer, zweifacher polnischer Premier (1926–1928 und 1930).

8 Vgl. Józef Lewandowski: *Federalizm. Litwa i Białoruś w polityce obozu belwederskiego (XI 1918–IV 1920)* [Föderalismus. Litauen und Belarus in der Politik des Belvedere-Lagers (November 1918 – April 1920)], Warszawa 1962; Adolf Juzwenko: *Polska a „biała” Rosja (od XI 1918 do IV 1920)* [Polen und das „weiße“ Russland (von November 1918 bis April 1920)], Wrocław 1973.

9 Vgl. Janusz Osica: *Walka o granice II Rzeczypospolitej* [Der Kampf um die Grenzen der Zweiten Republik], in: Andrzej Garlicki (Hrsg.): *Z dziejów drugiej Rzeczypospolitej* [Aus der Geschichte der Zweiten Republik], Warszawa 1986, S. 55.

den zarischen Behörden zur Orthodoxie gezwungen worden waren, oder auch die nie auf Dauer festgelegte Grenze in Polesien, die ukrainisch-belarussische ethnische Gebiete trennte, dann zeigt sich erst das Gesamtbild des Nationalitätenmosaiks, welches in der Praxis die Anwendungsmöglichkeiten ethnografischer Kriterien und die von den Westmächten und US-Präsident Wilson bevorzugten Methoden – die Plebiszite – in dieser Gegend und unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen einschränkte. Dafür wurde der Versuch unternommen, die offiziellen russischen Statistiken den durch die polnische Armee 1919 vorgenommenen Bevölkerungsschätzungen in den besetzten Ostgebieten gegenüberzustellen. Ebenso wurden die Daten der deutschen Armee für das Gebiet Ober Ost von 1916 einbezogen. Der Vergleich ergab, dass der Anteil polnischer Bevölkerung im Gebiet des Gouvernements Mogilëv 3,3 Prozent betrug, in den Gouvernements Wolhynien und Podolien acht Prozent, im Gouvernement Wilna sogar 47 Prozent. Den Mittelwerten in sechs litauisch-belarussischen Gouvernements zufolge betrug der Anteil der polnischen Bevölkerung 16 bis 17 Prozent.<sup>10</sup>

Glaubwürdiger scheinen die österreichischen Statistiken für Ostgalizien von 1910 zu sein. Ihnen zufolge lebten dort 5,336 Mio. Personen, darunter 3,132 Mio. Ukrainer, 1,514 Mio. Polen, 0,660 Mio. Juden (von denen sich zehn Prozent als polnisch bezeichneten). Die demografische Situation in den Grenzgebieten verkomplizierte sich noch durch die Durchmischung. Vor allem die Städte hatten polnischen Charakter, insbesondere große Städte wie Wilna (lit. Vilnius, poln. Wilno) oder Lemberg (ukr. L'viv, poln. Lwów), da sie polnische Enklaven bildeten, umgeben von nichtpolnischer Bevölkerung. Allgemein war das Dorf in den Grenzgebieten, abgesehen von wenigen Ausnahmen wie den Höfen des Kleinadels oder Herrenhäusern, „einheimisch“ besiedelt, also litauisch, belarussisch oder ukrainisch. Eine durchmischte Einwohnerschaft von Polen und örtlicher Bevölkerung fand sich zumeist in Städten und Kleinstädten.

In einer derartigen Situation wurden die Forderungen der polnischen Seite nach der Angliederung dieser Regionen an Polen am häufigsten mit historischen, wirtschaftlichen oder strategischen statt ethnografischen Argumenten begründet – indem sich auf die zivilisatorische Mission des polnischen Landadels und der Intelligenz, ebenfalls oft mit adligem Hintergrund, berufen wurde. Naheliegend ist es, die Situation in den östlichen Gebieten Polens als Umkehrung der historisch gewachsenen Situation an der polnischen Westgrenze zu betrachten.<sup>11</sup>

Die Frage der Ostgrenze war nicht nur ethnisch verworren, die größeren politischen Gruppen ebenso wie die wichtigsten Politiker waren auch noch kontroverser Ansicht zu diesem Thema. Bis fast zum Ende des Ersten Weltkriegs trugen die einander entgegengesetzten Programme der Piłsudski-Anhänger und der Nationaldemokraten Dmowskis einen theoretischen Charakter, da die davon betroffenen Gebiete von den Armeen der Mittelmächte besetzt waren. Ihre Niederlage von 1918 und der Rückzug der Deutschen und Österreicher bewirkten jedoch, dass die staatliche Zugehörigkeit dieser Region zum aktuellen Problem wurde.<sup>12</sup> Zahlreiche Seiten waren zu ihrer Besetzung bereit, außer Polen auch die Ukrainer –

10 Vgl. ebenda, S. 56.

11 Vgl. ebenda.

12 Vgl. Roman Wapiński: *Komitet Narodowy Polski i jego wkład w odbudowę niepodległości Polski (1917–1919)* [Das Polnische Nationalkomitee und seine Rolle im Wiederaufbau der Unabhängigkeit Polens (1917–1919)], in: Czesław Bloch, Zygmunt Zieliński (Hrsg.): *Powrót Polski na mapę*

die Anhänger der Gründung einer Ukrainischen Volksrepublik wie auch die Befürworter der Angliederung der Region an Sowjetrussland. Sowohl die russische Weiße Armee als auch die Bolschewiki erhoben Anspruch auf das Gebiet.

Das Territorium des polnischen Staates sollte von der ersten Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung bestimmt werden. In der als Dekret vom 28. November 1918 erlassenen Wahlordnung wurden die Regionen genannt, in denen die Wahlen zum polnischen Parlament abzuhalten waren. Grundlage der Festlegung von Wahlkreisen war der Begriff des „ethnografischen Polens“, da er sowohl von den Westmächten als auch von der Mehrheit der Parlamentarier und der öffentlichen Meinung inklusive der Sozialisten und der Bauernpartei akzeptiert war. Dies bedeutete nicht die Aufgabe föderativer Pläne mit den Gebieten des früheren Großfürstentums Litauen, da man damals der Meinung war, dass der Volkswille der jeweiligen Bewohner innerhalb der historischen Grenzen Polens über die Zukunft der Föderation entscheiden sollte. Die Liste der Wahlkreise umfasste die folgenden Regionen: ganz Galizien, die von Polen bewohnten Teile der Zips, der Arwa und des Teschener Schlesiens, Oberschlesiens, des Posener Landes, Pommerns, das von Polen bewohnte Pommerellen sowie Kongresspolen unter Ausschluss des litauischen Teils der Gegend um Suwałki.<sup>13</sup>

Man war sich bewusst, dass die Parlamentswahlen aus offensichtlichen Gründen nicht in allen Regionen abgehalten werden konnten, die im Anhang der Wahlordnung aufgelistet waren. Die Entscheidung für die Ziehung ethnografischer Grenzen schon in den ersten Tagen der Unabhängigkeit brachte Polen Anhänger in den betreffenden Regionen, und später sollte es die Anschuldigung polnischer Politiker verhindern, sie würden nach der Annexion grenznaher Gebiete streben.

Die demokratisch-nationalen Gruppierungen behaupteten, dass Polen unter den geopolitischen Bedingungen als Staat zwischen zwei um die Dominanz in Europa rivalisierenden Mächten ein großer, starker und national einheitlicher Staat sein müsse. Vom Standpunkt der polnischen Staatsräson aus sei demnach eine Zerschlagung der Gebiete des ehemaligen zarischen Russland nicht erstrebenswert, da dadurch die Möglichkeit aufkomme, dass die stattdessen neu entstandenen Staaten sich mit den Deutschen verbünden könnten. Auch konnte der Zusammenbruch der Revolution und eine Wiederherstellung Russlands in der alten Gesellschafts- und politischen Ordnung nicht ausgeschlossen werden. Daher wurde in diesen Kreisen angenommen, dass das Ziel polnischer Ostpolitik eine Grenzziehung sein müsse, die eine direkte Nachbarschaft zwischen Polen und Russland schaffen würde. Dmowski schlug im Bewusstsein der Schwäche Russlands vor, die Ostgrenze entlang der historischen Grenzlinie von 1772 zu ziehen. Nach seinem Entwurf sollte Polen aber einen Teil der Gebiete bis zur Grenze der Zweiten Teilung erhalten, während der Rest innerhalb Sowjetrusslands bleiben sollte. Zudem forderte er den Anschluss des gesamten früheren österreichischen Teilungsgebiets an Polen. Die polnische Armee besetzte infolge der Kriegsergebnisse an den östlichen Rändern Polens im Verlauf des Jahres 1919 schritt-

Europy. Sesja naukowa poświęcona 70. rocznicy Traktatu Wersalskiego [Die Rückkehr Polens auf die europäische Landkarte. Wissenschaftliche Sitzung zum 70. Jahrestag des Versailler Vertrags], Lublin 1995, S. 204.

13 Vgl. Michał Śliwa: Polska myśl polityczna w I połowie XX wieku [Das polnische politische Denken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts], Wrocław u.a. 1993, S. 75.

weise das in Dmowskis Plänen vorgesehene Gebiet. Seiner Einschätzung nach aber war ihr weiterer Marsch nach Osten für Polen ungünstig, da dann zukünftig keine politischen Kompromisse mit Russland und somit kein politisches Gleichgewicht mehr möglich wären. Seiner Meinung nach könnten sich die russischen Machthaber mit der Zeit mit der Notwendigkeit eines polnischen Staates als Nachbar in starker Position innerhalb Europas anfreunden, würden aber keine Schwächung ihrer eigenen Position in dieser Region akzeptieren. Er versuchte eine Annäherung an Russland, da es in seinem Ermessen zwar geschwächt war, aber Polen nicht über längere Zeit imstande wäre, angespannte Beziehungen zu beiden seiner (stärkeren) Nachbarn auszuhalten. Die Russen wollten im Gegenzug die Verluste nicht vollständig akzeptieren, die ihnen der Weltkrieg und die daraus erwachsenden politischen Konsequenzen einbrachten, und ihr Widerwille richtete sich vor allem gegen Polen, was die Polen mit bedeutendem Einsatz erwiderten.<sup>14</sup>

Demgegenüber wollte Piłsudski eine polnische Grenze möglichst weit im Osten, daher war für ihn die Gründung einer Armee aus folgenden Gründen prioritär: Erstens bildete die Armee die Macht des entstehenden Staates, dessen Grenzen noch nicht ausgeformt waren; zweitens war nur das Militär imstande, die innere Stabilisierung aufrechtzuerhalten und die revolutionären Anflüge im Zaum zu halten; drittens musste das Militär die in den früheren Teilungsgebieten noch nicht gegründete Polizei ersetzen, was bei der wachsenden Kriminalität eine wichtige Aufgabe war; viertens war eine starke Armee unerlässlich, um die perspektivischen Ziele Piłsudskis in der Ostpolitik zu erreichen.<sup>15</sup>

Am 7. Dezember 1918 gab Marschall Piłsudski einen Befehl über die Einheit der Streitkräfte heraus, in dem er u.a. schrieb: „alle Kommandanten sollten voller Takt, aber auch mit Entschlossenheit in ihren Einheiten einen einheitlichen Geist einführen und jegliche Anzeichen eines separaten Patriotismus einzelner Abteilungen oder Einheiten beseitigen, der aus ihrer Vergangenheit stammen könnte“.<sup>16</sup> Als Piłsudski die Macht vom Regentschaftsrat übernahm, zählte die polnische Armee ca. 5 000 Soldaten, aber schon im Januar 1919 gelang es, diese Zahl auf 100 000 zu erhöhen. Durch eine neue Einberufung wurden Freiwillige eingezogen, was bis zum Frühjahr die Verdopplung dieser Zahl ermöglichte. Im Staatshaushalt waren für das erste Halbjahr 1919 49 Prozent der Ausgaben für Militärbedarf vorgesehen, aber auch dieser Betrag wurde überschritten.<sup>17</sup> Die schwierige finanzielle Lage des jungen Staates wurde durch die Inflation verschlimmert, die den Preis des amerikanischen Dollars in Relation zur polnischen Mark um das Zehnfache ansteigen ließ, die kostenintensive Haltung einer zahlreichen und gut bewaffneten Armee war aber Bedingung für die Realisierung der Pläne einer föderativen Ostpolitik Piłsudskis.

Piłsudski formulierte im Gegensatz zu seinem Rivalen keine genauen ideologischen Programme zum Aufbau des zukünftigen Staates,<sup>18</sup> er präsentierte stattdessen elastische, eigene

14 Vgl. Juzwenko, *Polska a „biała“ Rosja* (wie Anm. 8).

15 Vgl. Olgierd Górka: *List do gen. Hallera z 7 lutego 1919 r.* [Brief an General Haller vom 7. Februar 1919], in: *Dokumenty i materiały do stosunków polsko-radzieckich* [Dokumente und Materialien zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen], Bd. II, Warszawa 1963, S. 97.

16 Andrzej Garlicki: *Pierwsze lata Drugiej Rzeczypospolitej. Dzieje narodu i państwa polskiego* [Die ersten Jahre der Zweiten Republik. Die Geschichte der polnischen Nation und des polnischen Staates], Warszawa 1989, S. 34.

17 Vgl. ebenda.

18 Vgl. Roman Wapiński: *Polska i małe ojczyzny Polaków. Z dziejów kształtowania się świadomości*

Konzeptionen, die er den sich wandelnden Tatsachen anpasste.<sup>19</sup> Der Verlauf der Ereignisse des Jahres 1919 war so erfreulich für die Realisierung der Pläne des Staatschefs, dass er sich die Änderung der territorialen Entscheidungen erlaubte und sich die Freiheit selbstständiger Unterfangen im Osten des Landes nahm. Bis zum Frühlingsende 1919 war die Aufmerksamkeit Piłsudskis vor allem auf die Gegend um Wilna gerichtet, obwohl er auch in Ostgalizien nach Lösungen für den politischen Konflikt zwischen Polen und der Ukraine suchte. Natürlich sollte Lemberg auf polnischer Seite verbleiben, er war aber bereit, den Ukrainern einen bedeutenden Teil Ostgaliziens abzutreten. Nach den militärischen Erfolgen in dieser Gegend sowie nachdem die Westmächte Polen eine eigene Verwaltung im östlichen Kleinen Polen bis zum Fluss Zbruc̨ zugestanden hatten, versteifte sich der Marschall auf seiner Position und so forderten in den Verhandlungen mit Symon Petljura (1879–1926) die polnischen Delegationen schon ganz Ostgalizien mit dem Fluss Zbruc̨ als polnischer Ostgrenze.<sup>20</sup> Piłsudski umschrieb seine Absichten folgendermaßen:

„die Zerschlagung des russischen Staates in seine Hauptbestandteile und die gewaltsame Verselbstständigung der in den Verbund des Imperiums einverleibten Länder. Dies betrachten wir nicht nur als Erfüllung des kulturellen Strebens zum unabhängigen Bestehen unseres Vaterlands, sondern als Garantie seiner Existenz, da Russland ohne seine Unterwerfungen um so viel geschwächt sein wird, dass es kein bedrohlicher und gefährlicher Nachbar mehr sein wird.“<sup>21</sup>

Piłsudski war sich bewusst, dass eine Einigung mit den Litauern schwierig sein würde und sagte in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Journal des débats“, dass „Belarussen und Polen leicht miteinander übereinkommen; mit den Litauern würde dies schon schwieriger“.<sup>22</sup> Der Staatschef strebte konsequent die Realisierung seiner Pläne der „Auftrennung Russlands an seinen Nähten“ an, was ein weitgehendes Konzept als das föderative Programm war, das einer der Wege seiner Realisierung werden könnte.<sup>23</sup> In der Literatur wird häufig ein Brief des Marschalls vom 8. April 1919 an seinen engen Mitarbeiter Leon Wasilewski (1870–1936)<sup>24</sup> angeführt, in dem er schrieb:

„Ich denke, dass ich in der nächsten Zeit die Türen für die Praxis betreffs Litauen und Belarus ein wenig öffnen kann. Du kennst meine Ansichten, die darauf beruhen, dass

narodowej w XIX i XX wieku po wybuch II wojny światowej [Polen und die kleinen Heimaten der Polen. Aus der Geschichte der Ausgestaltung eines nationalen Bewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs], Wrocław 1994, S. 276.

19 Vgl. ebenda, S. 278.

20 Vgl. Roman Szporluk: Polish-Ukrainian Relations in 1918; Notes for Discussion, in: Paul Latawski (Hrsg.): The Reconstruction of Poland 1914–1923, London 1992, S. 50.

21 Józef Piłsudski: Pisma zbiorowe [Gesammelte Schriften], Bd. II, Warszawa 1989, S. 249–258.

22 Sławomir Koper: Dwudziestolecie międzywojenne [Die Zwischenkriegszeit], Warszawa 2013, S. 86.

23 Garlicki, Pierwsze lata (wie Anm. 16), S. 35.

24 Leon Wasilewski – Freund Piłsudskis, engagiert in der PPS, zur Zeit der Befreiung Polens ein Autor der polnischen Ostpolitik. Wasilewski war während des Polnisch-Sowjetischen Krieges Anhänger der Bildung einer Föderation Polens, Litauens und Belarus' und einer Allianz mit der unabhängigen Ukraine.

ich weder Imperialist noch Föderalist sein will, solange ich nicht die Möglichkeit habe, darüber mit leidlicher Autorität zu sprechen – na, und mit dem Revolver in der Tasche. Unter den Umständen, dass es auf Gottes Erden anscheinend nun darum geht, das Geschwätz über die Brüderschaft der Menschen und Völker der amerikanischen Doktrin zu besiegen, neige ich lieber zur Seite der Föderalisten“.<sup>25</sup>

Der Revolver in der Tasche, das sollte eine entsprechend starke Truppe sein, deren Unterhaltung Piłsudski als wichtigstes Element in der Realisierung seiner Konzeption der Unabhängigkeit sowie als einen wichtigen Faktor im voraussichtlichen Kampf um die Macht erachtete.

## 2. Die geopolitische Lage hinsichtlich der Grenze mit Belarus

Es soll berücksichtigt werden, dass das Konzept der Zusammenarbeit mit den Belarussen keine Realisierungsmöglichkeit bot, da sie zu der Zeit keine Ambitionen zur Staatsgründung hegten, wenn man von General Jazêp Bulak-Balachovič (1894–1923) und seinem Bruder General Stanislaŭ Bulak-Balachovič (1883–1949) absieht, der am 12. November 1920 in Mazyr die belarussische Unabhängigkeit ausrief. Am 16. November wurde die Regierung der Belarussischen Volksrepublik ernannt, die schon nach wenigen Tagen durch die vorrückende Rote Armee zum Rückzug nach Polen gezwungen wurde, wo sie sich selbst auflöste.<sup>26</sup> Die Freiwilligenarmee, die von Stanislaŭ Bulak-Balachovič angeführt wurde, die sogenannte Balachovičer (*balachowcy*), war der Bevölkerung und den polnischen Soldaten allgemein verhasst für Vergewaltigungen, Raub und Mord an Juden, an denen sich sogar der General selbst beteiligt haben soll. Nach der Forderung, ihn vor Gericht zu stellen, reichte die Fraktion der PPS am 1. März 1921 eine entsprechende Anfrage im Sejm ein.<sup>27</sup> Stanislaŭ Bulak-Balachovič wurde nicht in die polnische Armee eingezogen und erhielt somit nicht die Bestätigung seines Rangs als General, den er in der zarischen Armee erhalten hatte. Trotzdem trat er in der gesamten 20-jährigen Zwischenkriegszeit in der Uniform eines polnischen Generals auf. Auf diese Weise endete der Versuch einer Föderation mit Belarus.

Nicht alle Föderalisten waren sich über das Territorium der entworfenen Föderation und über den Weg ihrer Gründung einig. Die rund um die Machthaber im Belvedere versammelten Politiker teilten noch konsequent Piłsudskis Vorkriegskonzeption der „Auftrennung Russlands“ und die Schaffung eines Blocks von mit Polen durch Abkommen verbundenen Staaten. Die Mitglieder der PPS waren der Meinung, dass in einen solchen Bündnisblock die baltischen sowie die kaukasischen Länder als Ergänzung zur Föderation von Polen, Litauen, Belarus und der Ukraine gehörten. Ihrer Ansicht nach wäre nur ein solches Mächtesystem in

25 Leon Wasilewski: Józef Piłsudski jakim go znałem [Józef Piłsudski wie ich ihn kannte], Warszawa 1935, S. 175 f.

26 Vgl. Witold Sienkiewicz: Niepokonani 1920. Wojna polsko-bolszewicka [Die Unbesiegbaren 1920. Der Polnisch-Sowjetische Krieg], Warszawa 2011, S. 64. Zum ersten Mal wurde die Belarussische Volksrepublik im März 1918 ausgerufen.

27 Vgl. Szymon Rudnicki: Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej [Juden im Parlament der Zweiten Republik], Warszawa 2015, S. 69.

diesem Teil der Welt imstande, sich einem eventuellen deutsch-russischen Übereinkommen entgegenzustellen.<sup>28</sup>

Nach dem Verständnis der Sozialisten und der Bauernbewegung war der Begriff des „Föderalismus“ eine Form der Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, was offensichtlichen Einfluss auf die Gestalt der Ostgrenze hatte. Hingegen war für die Grundbesitzer in diesen Gegenden die Verschiebung der Grenze möglichst weit nach Osten wesentlich, um die westliche Welt vom bolschewistischen System getrennt zu halten. Aus ihrer Sicht bedeutete die föderative Konzeption die Rückkehr zu Polens Grenzen von 1772.<sup>29</sup>

Ein leidenschaftlicher Anhänger eines föderativen Polens war Ignacy Jan Paderewski, der im Januar 1917 US-Präsident Wilson das Projekt in die Hände legte, einen Staat namens Vereinigte Staaten von Polen zu schaffen, bestehend aus vier gleichberechtigten Königreichen – Polen, Litauen, Polesien, Galizien-Wolhynien – und mit einem gewählten gemeinsamen Präsidenten.<sup>30</sup> Sogar als amtierender Ministerpräsident der polnischen Regierung hing er dieser Idee an.

Piłsudski war anderer Meinung; wie er schrieb,

„hatte Paderewski sogar schon das Land hinter dem Bug in Staaten aufgeteilt. Ich fand, dass dieser Weg nicht gangbar sei. Die Grundsätze einer Föderation können in diesen Ländern nicht angewendet werden. Wir kommen dort ja bewaffnet an, was Föderationsgrundsätzen entgegensteht. Im Übrigen habe ich dort niemanden gesehen, der dieser Föderation beitreten wollen würde. Wie das Sprichwort sagt: ‚Das Schwierigste ist, dass beide gleichzeitig wollen müssen‘, denn ich wollte nicht, dass Polen sich mit einer Partei verbündet, die sich von uns als Bündnispartner abgewendet hatte. Ich hatte immer meine Leitlinien – die Schaffung vollendeter Tatsachen, um später die de jure-Anerkennung zu bekommen“.<sup>31</sup>

Im Gegensatz zu Piłsudskis Pragmatismus nahm Dmowski als konsequenter Nationalist eine doktrinaire Haltung ein, was u.a. ein Brief vom 5. Mai 1919 an Stanisław Grabski (1871–1949)<sup>32</sup> belegt, in dem er schrieb: „Mein Standpunkt ist, dass wenn das Programm, einen Staat Litauen aus Wilno, Minsk und einem konföderierten Polen zu schaffen, sich in Polen durchsetzen würde – das würde ich als eine nationale Niederlage ansehen“.<sup>33</sup> Für ihn war die strukturelle Gestalt Polens am wichtigsten, obwohl seine inkorporierende Vision Polens auch Wilna innerhalb der Grenzen sah. Falls es nötig sein sollte, war er jedoch bereit, auf sein Programm der territorialen Expansion zu verzichten, um die föderative Vision Piłsudskis zu realisieren. Dmowski war überzeugt, dass Piłsudskis Föderalismus, der sich

28 Vgl. Michał Śliwa: *Polska myśl socjalistyczna (1918–1948)* [Der polnische sozialistische Gedanke (1918–1948)], Wrocław 1988, S. 145.

29 Vgl. Römer, *Pamiętnik* (wie Anm. 4), S. 222.

30 Vgl. Ignacy Jan Paderewski: *Archiwum Polityczne Ignacego Paderewskiego* [Politisches Archiv Ignacy Paderewskis], Bd. 1, 1890–1918, Wrocław 1973, S. 100–110.

31 Osica, *Walka o granice* (wie Anm. 9), S. 57.

32 Vgl. Stanisław Grabski (1871–1949) – Professor der Ökonomie, Dozent an den Universitäten Lemberg, Krakau und Warschau, Minister für religiöse Bekenntnisse und Volksbildung in der Regierung von Wincenty Witos.

33 Osica, *Walka o granice* (wie Anm. 9), S. 57.

aus der früheren, „prometheischen“, auf der Zerschlagung Russlands in einzelne Staaten beruhenden Konzeption ableitete, ein Faktor wäre, der jegliche zukünftige Verständigung mit Russland unmöglich machen würde, was vermutlich zuungunsten der Interessen Polens wäre.

### 3. Die geopolitische Lage in den Gebieten an der litauischen Grenze

In der Endphase des Polnisch-Sowjetischen Krieges, von dem im Weiteren noch die Rede sein wird, als die polnische Armee ihre Gegenoffensive an der Memel ausführte, gelangten Gebiete an Polen zurück, die zuvor durch Rotarmisten in Besitz genommen worden waren. Solche Absichten hatten die Polen auch, was die von Litauern im Juli 1920 besetzten Gebiete betraf, als sie im Einverständnis mit den Russen die Foch-Linie überschritten hatten.<sup>34</sup> Am 6. August 1920 unterzeichneten die litauische Regierung und die sowjetischen Militärbehörden eine Vereinbarung über die Zuweisung der Region Świąciany (lit. Švenčionys) und des großenteils von Polen bewohnten Wilna an Litauen. Dies war die Belohnung der litauischen Truppen für die Unterstützung der Roten Armee im Kampf mit der Nordgruppe der polnischen Armee. Kraft der erwähnten Konvention marschierten am 26. August 1920 litauische Truppen in Wilna ein. Die Armee der Bolschewiki wurde bis hinter die Memel zurückgedrängt, und das Problem Wilnas und sein Umland war erneut aktuell. Die gewaltsame Besetzung Wilnas durch die polnischen Truppen hätte in der internationalen Meinung für Empörung und für Streitigkeiten mit Litauen gesorgt. Um diese Begrenzung zu umgehen, mussten die polnischen Machthaber eine untypische Lösung anwenden. Piłsudski erarbeitete den Plan, zu dessen Realisierung er seinen Vertrauten, General Lucjan Żeligowski (1865–1947) hinzubot.

General Żeligowski „meuterte“ am 8. Oktober 1920 und nahm gemeinsam mit seiner Truppe Wilna und Umgebung ein, indem er die litauische Besatzung vertrieb. Die Litauer waren gezwungen, ihre Hauptstadt nach Kaunas zu verlagern. In dieser Zeit rief Żeligowski die Gründung eines neuen Staates aus, Mittellitauen; danach berief er eine kommissarische Regierung ein und organisierte Wahlen zu einem Sejm in Wilna, der im Folgenden ein Gesetz zum Anschluss Mittellitauens an Polen in die Wege leitete, was am 20. Februar umgesetzt wurde. Wilna war von Neuem in polnischem Besitz.<sup>35</sup> Die litauischen Behörden mussten letztendlich diese Ereignisse als vollendete Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Sie unterhielten aus diesem Grund bis 1938 keine diplomatischen Beziehungen mehr mit Polen.

Als die Deutschen 1916 Wilna einnahmen, nahmen sie eine Volkszählung in den von ihnen besetzten Teilen der Region Wilna vor, die im Gegensatz zu den zuvor von den Russen erstellten Listen von 1897 als unparteiisch und glaubwürdig anzusehen ist. Nach den deutschen Daten lebten in Wilna 70 626 Polen (50,1 Prozent), 61 245 Juden (43,5 Prozent), 3 699

34 Foch-Linie – Demarkationslinie, die die polnischen und litauischen Truppen voneinander trennen sollte, festgelegt durch den französischen General Ferdinand Foch (1851–1929) am 26.7.1919, als Kompromisslösung zwischen den früheren Vorschlägen der Entente und den polnischen Erwartungen. Wilna und Umgebung verblieben auf polnischer Seite.

35 Vgl. Koper, *Dwudziestolecie* (wie Anm. 22), S. 97.

Litauer (1,3 Prozent), genauso viele Belarussen sowie 3,3 Prozent anderer Nationalitäten.<sup>36</sup> Der deutsche Zensus zeigt auch, dass sehr viele Polen in der Umgebung von Wilna und der Wilnaer Provinz lebten, wo der Zensus 55 Prozent Polen, 24,7 Prozent Litauer, 16,3 Prozent Juden und 1,7 Prozent Belarussen aufzeigt.<sup>37</sup> In ethnografischer Hinsicht bedeuteten diese Statistiken, dass sich in Wilna und Umgebung eine Mehrheit polnischer Bevölkerung konzentrierte, nämlich ca. 263 000, für die damalige Zeit eine bedeutende Anzahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe der Region Wilna waren die Juden, für die Wilna ein Zentrum des religiösen und sozialen Lebens darstellte. Die jüdische Bevölkerung war höchst divers und lässt sich kaum als eine homogene Gruppe definieren. Dennoch wurde sie angesichts der sich verschärfenden Nationalitätenkonflikte zunehmend als eine identifizierbare Gruppe gefasst. Im polnisch-litauischen Konflikt versuchten die Litauer die Juden auf ihre Seite zu ziehen, die sich mehrheitlich aber abseits hielten und sich für keine der Parteien dieses territorialen und politischen Streits engagieren wollten.

#### 4. Die Formierung der Grenze mit Lettland

Die Grenze zu Lettland formierte sich in der Zeit verbissener Kämpfe im Rahmen des Polnisch-Sowjetischen Krieges im August 1919. Die polnischen Truppen erreichten den Fluss Daugava, und im Abschnitt zwischen Daugavpils und Piedruja wurde eine Demarkationslinie von ca. 113 km gezogen, die später bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die polnisch-lettische Grenze darstellen sollte. Der Prozess dieser Grenzziehung war nicht ganz einfach, da die polnische Regierung der Meinung war, dass sechs Gemeinden und die Stadt Grīva (ein Städtchen an der Daugava gegenüber von Daugavpils gelegen) im ehemaligen Gouvernement Kurland dem polnischen Kreis Brasław angeschlossen werden sollten, sodass sämtliche Ansprüche der lettischen Seite auf dieses Gebiet entschlossen zurückgewiesen wurden. Am 4. Juli 1920 begann der Angriff von Truppen der Roten Armee in Belarus. Polnische Truppen wurden zum Rückzug gezwungen. Auch die in Daugavpils stationierten zogen sich in Übereinstimmung mit der polnisch-lettischen Vereinbarung vom 11. April 1920 über den Rückzug der polnischen Armee aus der Region Lettgallen aus der Stadt zurück, um nicht von den Haupttruppen abgeschnitten zu werden. Die Polen zogen sich auch aus dem umstrittenen Teil des Kreises Ilūkste zurück, den die Letten sofort besetzten, um den Litauern zuvorzukommen, die ebenfalls Ansprüche auf das Gebiet erhoben.<sup>38</sup> Bis

36 Vgl. Piotr Łossowski: *Konflikt polsko-litewski 1918–1920* [Der polnisch-litauische Konflikt 1918–1920], Warszawa 1996, S. 11.

37 Vgl. Edward Maliszewski: *Żywioł polski na Litwie* [Das polnische Element in Litauen], Warszawa 1919, S. 9.

38 Vgl. *Skład narodowościowy mieszkańców 6 gmin powiatu iłkujskiego w XIX–XX w. jako główny powód sporu terytorialnego między Łotwą a Polską w okresie międzywojennym* [Die nationale Zusammensetzung der Bewohner von sechs Gemeinden des Kreises Ilūkste im 19.–20. Jahrhundert als Hauptgrund des Territorialstreits zwischen Lettland und Polen in der Zwischenkriegszeit], in: Marzena Liedke, Joanna Sadowska u.a. (Hrsg.): *Granice i pogranicza. Historia codzienności i doświadczeń* [Grenzen und Grenzländer. Alltags- und Erfahrungsgeschichte], Bd. 1, Białystok 1999, S. 225–233.

Ende Juli war die Gouvernements- und zukünftige Staatsgrenze vollständig mit lettischen Truppen besetzt. Im Juli waren die Polen bereit, sich auf die Rückgabe dieses Territoriums an Lettland einzulassen, wenn im Gegenzug ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit gegen Sowjetrußland im Kriegsfall unterzeichnet würde, woran die lettische Seite aber unter den neuen Umständen nicht interessiert war.<sup>39</sup> Die Situation änderte sich nach der für Polen günstigen Entscheidung des Kampfes um Warschau sowie der Aktion der Truppen von General Želigowski in Wilna, als die polnische Armee erneut die polnisch-lettische Demarkationslinie erreichte. Die Letten befürchteten, dass die Polen die strittigen sechs Gemeinden einfordern würden, um eine Grenze entlang der Daugava einzurichten. Daher wurden die lettischen Militäreinheiten entlang der Demarkationslinie erheblich verstärkt, um gegebenenfalls Widerstand leisten zu können.<sup>40</sup> Die polnischen Soldaten erhielten jedoch den Befehl, die von den Letten besetzte Linie nicht zu überschreiten, sogar für den Fall, dass sie sich außerhalb der Grenze des Gouvernements Kurland befände. Dafür sprachen politische Gründe, da die polnische Regierung Lettland als Bündnispartner im Verband der baltischen Staaten gewinnen wollte.<sup>41</sup>

Da gleichzeitig Schwierigkeiten mit der Grenzziehung Mittellitauens auftraten, wurde das Problem des strittigen Territoriums als lettisch-litauische Auseinandersetzung durch eine internationale Kommission entschieden. Aufgrund strategischer, wirtschaftlicher und ethnografischer Interessen Lettlands an dieser Region wurde im März 1921 der gesamte Kreis Ilūkste Lettland zugeteilt. Gleichzeitig führte Dmowskis Nationaldemokratie gemeinsam mit dem hohen polnischen Landadel aus Lettgallen die 1919 begonnene antilettische Kampagne fort, zu der auch die Diskussion um die Teile des Kreises Brasław gehörte, die Lettland Polen abgenommen hatte.<sup>42</sup> 1929 wurde in Riga der polnisch-lettische Vertrag über Handel und Seeschifffahrt unterzeichnet, der auch einen vertraulichen Anhang aufwies. Darin wurde eine Entschädigungszahlung durch die lettische Seite an die früheren Landbesitzer aus Lettgallen, polnische Staatsbürger, berücksichtigt, die bis Ende 1937 geleistet wurde. Lettland bezahlte Polen die vollständige Summe – fünf Mio. Lat. Dafür verpflichtete sich die polnische Seite, die Staatsgrenze zu definieren, was faktisch der Anerkennung des *status quo* gleichkam. Auch den früheren Landbesitzern der sechs Gemeinden wurden Entschädigungen bezahlt.<sup>43</sup> Auf diese Weise wurde der polnisch-lettische Streit formal beigelegt.

39 Vgl. Archiwum Akt Nowych, Kolekcja odpisów dokumentów [Archiv der Neuen Akten, Sammlung der Dokumentenabschriften], Bd. 2, K. 242.

40 Vgl. Piotr Łossowski: *Łotwa nasz sąsiad* [Lettland unser Nachbar], Warszawa 1990, S. 16.

41 Vgl. Ēriks Jēkabsons: *Problem Wilna a Łotwa: jesień 1920 roku* [Das Problem Vilnius und Lettland: Herbst 1920], in: Jarosław Sozański (Hrsg.): *Łotwa – Polska. Materiały z międzynarodowej konferencji naukowej* [Lettland – Polen. Materialien der internationalen wissenschaftlichen Konferenz], Ryga 1995, S. 74 f.

42 Vgl. Ēriks Jēkabsons: *Zaangażowanie państwowo-polityczne szlachty polskiej z Łatgalii (dawnych Inflant Polskich) w pierwszej ćwierci XX wieku* [Das staatlich-politische Engagement der polnischen Szlachta in Lettgallen (ehemals Polnisch-Livland)], in: *Przegląd Wschodni IV* (2015), H. 3, S. 513-522.

43 Vgl. *Latvijas Valsts vēstures arhīvs* [Staatliches Historisches Archiv Lettlands (LVVA)], 2575 f., 15 apr., 64 l., 3-6. lp.

## 5. Die Ziehung der polnisch-ukrainischen Grenze

Der Abschnitt der polnisch-ukrainischen Grenze wurde durch Kämpfe in Ostgalizien geschaffen, die vom 1. November 1918 bis 16. Juli 1919 andauerten. Die Friedenskonferenz in Paris war aufgrund des Ausbruchs der Revolution im Zarenreich und der dortigen andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen nicht in der Lage, den Verlauf der Ostgrenze Polens festzulegen, daher beschäftigte sie sich nicht mit diesem Problem. In der damaligen Zeit markierten die Frontlinien von Litauen im Norden über Belarus, die Ukraine und Ostgalizien bis Rumänien auch die Grenzen der kriegführenden Staaten.

Seit der ersten Hälfte des Jahres 1919 kam es im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet zu Ereignissen, die einen großen Einfluss auf die spätere Gestaltung der Grenze im östlichen Kleinen Polen hatten. Die hiesige Bevölkerung war ethnisch uneinheitlich mit einem Übergewicht an Ukrainern, deren Anteil auf 65 Prozent geschätzt wird, während der Anteil an Polen ca. 30 Prozent erreichte.<sup>44</sup> In den Städten dieser Region stellten die Polen jedoch eine überwiegende Mehrheit.

Die Bestrebungen zur Staatsgründung der lokalen ukrainischen Bevölkerung fanden ihren Ausdruck am 1. November 1918 in der Gründung der Westukrainischen Volksrepublik, der Bildung einer Regierung und dem Beginn der Organisation eigener Streitkräfte.

Sofort begann ein bewaffneter Konflikt über die staatliche Zugehörigkeit des von Polen und Ukrainern bewohnten Ostgaliziens, der den Charakter eines nationalen und Klassenkampfes annahm. Der Konflikt entstand zwischen der Westukrainischen Volksrepublik auf der einen Seite und der polnischen Einwohnerschaft der Stadt Lemberg sowie dem lokalen Lemberger Komitee zum Schutz der öffentlichen Ordnung auf der anderen Seite, das sich in das Provisorische Regierungskomitee umgestaltete und ab dem 11. November den unabhängigen polnischen Staat repräsentierte.

Am 28. Oktober 1918 wurde in Krakau das Polnische Liquidationskomitee (Polski Komitet Likwidacyjny, kurz PKL) gegründet, das mit der Absicht, die Macht über ganz Galizien zu übernehmen, nach Lemberg vordringen sollte. Die Nachricht darüber rief einen bewaffneten Auftritt von Ukrainern hervor, der dadurch erleichtert wurde, dass unter den in Lemberg stationierten österreichischen Militäreinheiten mehrere tausend Soldaten ukrainischer Nationalität waren. Die Polen, vor allem die Offiziere, die früher in diesen Abteilungen gedient hatten, hatten das österreichische Kommando zu der Zeit schon teilweise verlassen. Während des Putsches war der Großteil der Kampfmittel in ukrainischer Hand. Dagegen betrug die Anzahl der zu dieser Zeit in Lemberg weilenden polnischen Soldaten nur einige Hundert.

Schon am 1. November 1918 griffen Soldaten des Ukrainischen Militärkomitees an und bekamen den Großteil der öffentlichen Gebäude in Lemberg unter ihre Kontrolle. Die Ukrainer versuchten, die Herrschaft über Lemberg zu übernehmen, das von einer polnischen Bevölkerungsmehrheit bewohnt war. Im Gegenzug entstanden zwei polnische Widerstandspunkte, anfangs mit geringer und schlecht bewaffneter Besetzung. Beide Posten begannen mit Waffeneinsätzen. Sofort wurde das Hauptkommando zur Verteidigung Lembergs einbe-

44 Vgl. Antoni Czubiński: Polska w okresie dwudziestolecia międzywojennego [Polen in der Zwischenkriegszeit], in: Jerzy Topolski (Hrsg.): Dzieje Polski [Geschichte Polens], Warszawa 1976, S. 626.

rufen. Am 22. November erreichten die Polen Lemberg, wo sich zwei Tage zuvor aus Przemysł angekommene polnische Abteilungen den lokalen Truppen anschlossen. Der Großteil des Geländes von Ost-Kleinpolen außerhalb von Lemberg war allerdings unter der Kontrolle ukrainischer Truppen. Die Abteilungen, die sich vom Stadtareal zurückzogen, begannen sofort mit ihrer Belagerung, und gegen sie stellten sich nicht nur polnische Truppen, sondern auch polnische Untergrundorganisationen, polnische Einwohner Lembergs, darunter Schüler- und Studentenschaft, die später als „Junge Lemberger Adler“ benannt wurden.<sup>45</sup> Angesichts der Offensive der polnischen Armee zogen sich die ukrainischen Einheiten am 22. Mai 1919 zurück.<sup>46</sup> Die Verteidigung des von der ukrainischen Armee belagerten Lemberg dauerte bis Mitte 1919, als es hinzustoßenden polnischen Einheiten gelang, die Belagerung zu durchbrechen. Während der Kämpfe um Lemberg wurden die Abteilungen der Ukrainischen Sič-Schützen durch Abteilungen von Lembergern oder polnischen Jugendlichen zurückgehalten.

Der Abschluss der Kämpfe wurde durch die gleichzeitigen Angriffe auf die ukrainischen Truppen seitens der Bolschewiki von Nordosten und der aus Frankreich eingetroffenen Blauen Armee von General Józef Haller (1873–1960) entschieden, die sich dem Verbot der Westmächte widersetzte und gegen die Ukrainer eintrat. Den Polen gelang es bis Juli 1919, die ukrainische Armee bis hinter den Fluss Zbruč zurückzudrängen, d.h. hinter die Ostgrenze Galiziens in das Gebiet der Ukrainischen Volksrepublik hinein, und im September 1919 wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet. Währenddessen legte die ukrainische Seite bei den Westmächten Protest ein, da die sogenannte Blaue Armee von General Haller gegen ukrainische Truppen vorgegangen war und ihnen somit den Kampf gegen die sowjetrussischen Truppen, der doch im Interesse der Westmächte lag, erschwert hatte.<sup>47</sup> Auf diese Klage antwortete der Premierminister von Großbritannien am 21. Mai 1919 mit der Drohung, Waffen- und Lebensmittellieferungen an Polen einzustellen, da, wie er meinte, „die Polen die Niederschlagung einer unabhängigen Bewegung gegen die Bolschewiki unterstützen“.<sup>48</sup>

Die Vertreter der Entente machten sich mit der Situation im östlichen Kleinpolen vertraut und reichten dem Obersten Rat der Alliierten<sup>49</sup> verschiedene Entwürfe des Grenzverlaufs zwischen Polen und der Westukrainischen Volksrepublik ein. Über keinen der eingereichten Vorschläge herrschte jedoch Einigkeit, sowohl auf polnischer als auch auf ukrainischer Seite. Die ukrainische Seite nahm Lemberg als Ausgangspunkt für die Besetzung ganz Ost-

45 Orłęta Lwowskie (deutsch Junge Lemberger Adler): Jugendliche der Mittelschulen und junge Leute aus Lemberg, die im November 1918 gegen die Belagerung der Stadt durch die ukrainischen Truppen kämpften. Später kämpften viele Schüler und Studenten, junge Arbeiter und Beamte als Freiwillige im Polnisch-Sowjetischen Krieg im Sommer 1920 am Stadtrand gegen die Rote Armee. Der Großteil der während beider Kampagnen gefallenen Verteidiger wurde feierlich auf einem speziell dafür abgeteilten Teil des Łyczakowski-Friedhofs in Lemberg beigesetzt, dem sogenannten Friedhof der Verteidiger Lembergs, heute umgangssprachlich als Adlerfriedhof bekannt.

46 Vgl. Michał Klimecki: *Polско-ukraińska wojna o Lwów i Galicję Wschodnią 1918–1919* [Der polnisch-ukrainische Krieg um Lemberg und Ostgalizien 1918–1919], Warszawa 2000, S. 139.

47 Vgl. ebenda, S. 135.

48 Marek K. Kamiński, Michał J. Zacharias: *Polityka zagraniczna Rzeczypospolitej Polskiej 1918–1939* [Außenpolitik der Republik Polen 1918–1939], Warszawa 1998, S. 31.

49 Zum Obersten Rat der Alliierten gehörten die folgenden Staaten: Großbritannien, USA, Frankreich, Italien und Japan.

galiziens, aus einem breiteren Blickwinkel sollte es der Anfang des unabhängigen Bestehens des ukrainischen Staates sein, der Mitte Oktober 1918 unter dem Namen Westukrainische Volksrepublik ausgerufen wurde.

Im November 1919 wurde Polen durch die Entente-Staaten die Oberherrschaft über Ostgalizien für einen Zeitraum von 25 Jahren zuerkannt, was am 15. März 1923 (nach der Festigung der sowjetischen Macht) vom Botschafterrat in eine vollberechtigte, souveräne Anwesenheit polnischer Behörden auf diesem Gebiet abgeändert wurde.

## 6. Der Polnisch-Sowjetische Krieg

Entscheidende Bedeutung für die Ziehung der polnischen Ostgrenze hatte jedoch der Polnisch-Sowjetische Krieg von Februar 1919 bis März 1921. Die unmittelbare Ursache für seinen Ausbruch war die Evakuierung der deutschen Truppen von Ober Ost, die die Frontlinie von 2 500 km von der Ostsee bis zum Azovschen Meer besetzt gehalten hatten. Auf Grundlage des am 3. März 1918 unterzeichneten Friedens von Brest-Litovsk zwischen dem Deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn sowie ihren Verbündeten, dem Königreich Bulgarien und dem Osmanischen Reich, und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, besetzte die Rote Armee die von den deutschen Truppen auf ihrem Weg nach Westen verlassenen Gebiete. In der Zeit zwischen dem Abschluss des Friedens von Brest-Litovsk und der Niederlage Deutschlands waren die Beziehungen zwischen Deutschen und Bolschewiki partnerschaftlich.

Der Polnisch-Sowjetische Krieg wies während seiner Dauer nicht nur Kriegshandlungen auf, seine Basis war vor allem politisch. Die wichtigsten militärischen Ereignisse waren:

### A. Angriff auf Kiev

Ziel des Angriffes war die Zerschlagung der Roten Armee an ihrer Südfront, die sich auf einen Überfall auf die polnische Armee vorbereitete. Am 21. April 1920 wurde ein polnisch-ukrainischer Vertrag über ein gemeinsames bewaffnetes Vorgehen gegen die Rote Armee unterzeichnet. Die Unterzeichner erkannten die Grenze Polens am Zbruč an und verzichteten beidseitig auf weitere Gebietsforderungen. Am 25. April 1920 begannen ca. 60 000 polnische Soldaten unter Führung der Generäle Józef Rybak (1882–1953), Edward Rydz-Śmigły (1886–1941), Antoni Listowski (1886–1927) und Waclaw Iwaszkiewicz-Rudoszański (1871–1922) ihre Offensive. Das militärische Ziel war die Zerschlagung der Roten Armee, das politische Ziel die Unterstützung einer souveränen Ukraine.<sup>50</sup> Der Stoß gegen Osten ging allerdings ins Leere, da die russischen Truppen sich bis hinter den Dnepr zurückzogen.<sup>51</sup> In Polen herrschte Euphorie ob der so einfachen Eroberung Kievs, aber man war sich nicht im Klaren darüber, dass es sich dabei um ein taktisches Manöver handelte. Da die Sowjets in diesen Gebieten eine Landwirtschaftsreform begonnen hatten, unterstützten die Bauern als neue Grundbesitzer die sowjetischen Behörden und wollten aus Angst vor der Rückforderung ihrer Höfe häufig keinen Machtwechsel.

50 Vgl. Robert Potocki: *Idea restytucji Ukrainńskiej Republiki Ludowej (1920–1939)* [Die Idee der Restitution der Ukrainischen Volksrepublik (1920–1939)], Warszawa 2000, S. 76.

51 Vgl. Koper, *Dwudziestolecie* (wie Anm. 22), S. 98.

#### B. Schlacht von Warschau und Gegenangriff am Wieprz, 13. bis 17. August 1920

Die Schlichtungsversuche der Westmächte mit den Bolschewiki scheiterten, und Streiks der sich mit ihren sowjetischen Kollegen solidarisierenden Arbeiter im Westen behinderten Waffenlieferungen an Polen. Die Entwicklung dieser Schlacht hatte drei aufeinander folgende Etappen: die Gefechte in den Warschauer Vorstädten, die Kämpfe am Fluss Wkra sowie das Flankenmanöver am Wieprz. Der Angriff der sowjetischen Truppen begann am 13. August, als zwei Divisionen von Nordosten bei Radzymin vorstießen und die polnische Verteidigung durchbrachen. Der Misserfolg auf diesen Abschnitten veranlasste General Władysław Sikorski (1881–1941) die von ihm befehligten Truppen bei Modlin zur Verteidigung der Hauptstadt zu schicken. Am 14. August begannen die Kämpfe am Ostrand Warschaus. Am darauffolgenden Tag konnten die sowjetischen Einheiten durch den Vorstoß der 10. Division von General Żeligowski sowie der 1. Litauisch-Belarussischen Division General Jan Rząd-kowskis (1860–1934) zurückgedrängt werden. Die 5. Armee von General Sikorski, die auf Befehl des Kommandanten der Nordfront am 14. August zum Angriff in Richtung Nasielsk übergegangen war, nahm die Stadt am 16. August ein. Dies gab die Möglichkeit, den Angriff in Richtung Serock und Pułtusk fortzusetzen. Am linken Flügel der polnischen Front gestaltete sich die Situation hingegen misslich. Dort hat die 4. Armee von Evgenij Sergeev (1887–1937) und das Kavalleriekorps unter dem Kommando von Gaja Gaj (1887–1937) in der Gegend von Nieszawa (Nessau) schon mit der Überquerung der Weichsel begonnen. In dieser Situation entschloss sich der Oberbefehlshaber der Polnischen Armee zu einem Angriffsmanöver am unteren Wieprz.<sup>52</sup> Die Fortschritte, die schon am ersten Tag des Angriffs erreicht wurden, entschieden den Ausgang dieses Krieges. Am 17. August erreichten polnische Truppen die Linie Biała Podlaska – Międzyrzec – Siedlce – Kałuszyn – Mińsk Mazowiecki. Zur selben Zeit ging die restliche polnische Truppe zum Gegenangriff auf der gesamten Frontlänge über. Der Großteil der sowjetischen Truppen machte sich auf den chaotischen Rückzug.<sup>53</sup> Ein Teil der sowjetischen Streitkräfte, denen der Durchbruch nach Osten nicht gelang, überschritt am 24. August 1920 die Grenze zu Deutschland und wurde auf ostpreußischem Gebiet interniert.<sup>54</sup>

Das Manöver der polnischen Gegenoffensive gelang aufgrund der Kenntnis von Plänen und Befehlen der russischen Seite (die Geheimcodes der Roten Armee wurden bereits im September 1919 entziffert) und aufgrund der Fähigkeit der polnischen Führung, dieses Wissen zu nutzen. Die Schlacht bei Warschau wird von Historikern und Politologen als eine entscheidende militärische Auseinandersetzung für die Geschichte Europas betrachtet. Sie entschied über den Bestand der Unabhängigkeit Polens und brachte den Vormarsch der bolschewistischen Revolution in die Länder Westeuropas zum Halt.<sup>55</sup>

52 Vgl. Adam Zamoyski: *Warszawa 1920. Nieudany podbój Europy. Klęska Lenina* [Warschau 1920. Die misslungene Unterwerfung Europas. Lenins Niederlage], Kraków 2009, S. 188.

53 Vgl. Garlicki, *Pierwsze lata* (wie Anm. 16), S. 175.

54 Insgesamt wurden durch die Deutschen 45 000 Soldaten und Offiziere interniert. Außerdem wurden Schätzungen zufolge ca. 25 000 Soldaten der Roten Armee getötet oder schwer verletzt, 60 000 gelangten in die polnische Gefangenschaft. Die Verluste der polnischen Seite betragen ca. 4 500 Tote, 22 000 Verletzte und 10 000 Vermisste. Vgl. Stanisław Künstler: *Nasza ofensywa sierpniowa* [Unsere Augustoffensive], Warszawa 1920, S. 28.

55 Vgl. Wojciech Roszkowski: *Najnowsza historia Polski 1914–1945* [Neueste Geschichte Polens 1914–1945], Warszawa 2003, S. 89.

### C. Schlacht bei Komarów, 31. August 1920

Nach der verlorenen Schlacht bei Warschau wurde nahe Zamość, beim Dorf Komarów, eine große Kavallerieschlacht ausgetragen. Nach mehrtägigen Kämpfen zwischen der Kavalleriearmee von Semën Budënnij (1833–1973) und der polnischen Einsatzgruppe bestehend aus der 1. Kavalleriedivision von Oberst Juliusz Rómmel (1881–1967) und der 13. Infanteriedivision von General Stanisław Haller (1872–1940) überwand die Polen den zahlenmäßig vielfach überlegenen Gegner.<sup>56</sup> Die Bolschewiki verloren im Kampf 1 500 Tote und mehrere tausend Pferde, auf polnischer Seite waren die Verluste fünf Mal niedriger.<sup>57</sup> Insgesamt verlor Budënnijs Kavalleriearmee zwischen 25. Mai und 1. September ca. zwei Drittel ihrer Kavalleristen. Sie verlor dadurch ihre strategische Rolle im Polnisch-Sowjetischen Krieg. Dies war seit 1813 die größte, mit berittenen Militäreinheiten ausgetragene Schlacht. Sie wird als die letzte Kavallerieschlacht der europäischen Geschichte angesehen.<sup>58</sup>

### D. Schlacht an der Memel (15. September 1920 – 25. September 1920)

Nach der Niederlage bei Warschau zog der sowjetische Anführer der Westfront, Michail Tuchačevskij (1893–1937), seine Truppen hinter die Memel bei Grodno (belaruss. Hrodna) zurück.<sup>59</sup> Er meldete Lenin, dass diese Niederlage nicht über den Ausgang des Krieges entscheiden würde. In kurzer Zeit konnte er seine Einheiten auf 73 000 Soldaten aufstocken, mit denen er Białystok, Brest und danach Lublin angreifen wollte. Marschall Piłsudski begann am 24. August mit der Umgruppierung der polnischen Streitkräfte, da er sich dessen bewusst war, dass noch eine wichtige Schlacht geschlagen werden musste, die letztendlich zum Ende des Krieges mit den Bolschewiki führen sollte. Der polnische Angriff erfolgte am 20. September: Nach schweren Kämpfen und dem chaotischen Rückzug der Roten Armee wurde in der Nacht vom 25. auf den 26. September die Stadt Grodno durch die Polen eingenommen.<sup>60</sup> Die Schlacht endete am 3. Oktober, aber noch bis zum 12. Oktober wurden in dieser Gegend Kämpfe ausgetragen.

## 7. Die geopolitische Lage hinsichtlich der Grenze mit dem Königreich Rumänien

Nach dem Zerfall des Kaiserreichs Österreich-Ungarn gehörte die Region Pokutien zusammen mit Podolien zur Westukrainischen Volksrepublik. Dem Polnisch-Ukrainischen Krieg schlossen sich rumänische Truppen an, die gegen die Ukrainer nach Pokutien einrückten. Dies geschah auf Bitten der polnischen Behörden, die im Gegenzug den Rumänen anboten, die von ihnen eingenommenen Gebiete zu behalten. Bis Ende Mai 1919 nahm die rumänische Armee die Bukowina und den südöstlichen Teil Galiziens ein, der hinter der Linie der Flüsse Dnister und Theiß lag. Im August 1919 wurde nach von den Rumänen diktier-

56 Vgl. Anna Wojda, Beata Biszcza: Komarów. Ocalić od zapomnienia [Komarów. Vor dem Vergessen bewahren], Tl. 2, Zamość 2006, S. 58.

57 Vgl. ebenda, S. 71.

58 Vgl. Norman Davies: Boże igrzysko. Historia Polski [Die Spielwiese Gottes. Geschichte Polens], Kraków 2010, S. 866.

59 Vgl. Marian Eckert: Historia polityczna Polski odrodzonej 1918–1939 [Politische Geschichte des wiedererstandenen Polens 1918–1939], Warszawa 1983, S. 52.

60 Vgl. Garlicki, Pierwsze lata (wie Anm. 16), S. 177.

ten Bedingungen die Demarkationslinie zwischen den Bereichen der polnischen und der rumänischen Truppen gezogen. Die Bukowina war von Rumänen und Ukrainern bewohnt, während der südöstliche Teil Galiziens eine Russisch sprechende Bevölkerung, ausgenommen der polnischen Siedlungen innerhalb der Städte, aufwies. Die polnischen Truppen beherrschten hingegen die übrigen Gebiete Ostgaliziens inklusive der Stadt Stanisławów (ukr. Stanislav). Im Rahmen der Grenzregulierungen im August 1919 übertrugen die Rumänen den Polen die von ihnen kontrollierten galizischen Territorien. Die Grenze zwischen den beiden Ländern hatte den gleichen Verlauf wie die Innengrenze zwischen der Bukowina und Galizien in der Vorkriegszeit.<sup>61</sup> Die rumänische Seite verzögerte jedoch jahrelang die endgültige Anerkennung der Grenze, das endgültige Grenzziehungsprotokoll wurde in Bukarest durch Vertreter beider Staaten daher erst am 17. Mai 1935<sup>62</sup> unterschrieben und am 17. April 1936 durch den Präsidenten der Republik Polen ratifiziert.

#### 8. Waffenstillstand von Riga vom 18. März 1920

Am 12. Oktober 1920 schlossen die Delegation des polnischen Sejm und der Regierung in Riga einen Waffenstillstand mit Regierungsvertretern der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der am 18. Oktober in Kraft trat. Am 18. März 1921, ebenfalls in Riga, wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet, der die polnisch-sowjetische Grenze festschrieb. Am 15. März 1923 endete der Prozess der Festlegung der Grenzen, als der Botschafterrat den endgültigen Grenzverlauf zwischen Polen, der UdSSR sowie Litauen und Rumänien in Übereinstimmung mit dem *status quo* bestätigte.<sup>63</sup> Ab diesem Moment konnten sich die weiteren Regierungen auf ihre Bemühungen konzentrieren, die ökonomische und politische Position Polens in der internationalen Arena auszubauen.<sup>64</sup> Die Entscheidungen der Westmächte bezüglich der polnischen Grenzen lehnte die Sowjetregierung ab, indem sie die Kompetenzen des Botschafterrats in dieser Hinsicht infrage stellte. Auch die litauische Regierung in Kaunas wies die Bestimmungen des Botschafterrats zurück. Der Frieden von Riga schloss die Unabhängigkeit der Ukraine und Belarus' aus und schrieb die polnisch-sowjetische Grenze entlang der Frontlinie fest, die im Moment des Waffenstillstands bestanden hatte.

Im Westteil der Republik Polen außerhalb der Restitution der Grenzen der Vorteilungszeit betrafen die Forderungen der Polen ein Gebiet mit einer Fläche von 34 386 km<sup>2</sup> sowie 3,317 Mio. Einwohner dieses Territoriums. Zwar gehörten diese Gebiete nicht zum Bestand der Ersten Republik, waren aber größtenteils von polnischstämmiger Bevölkerung bewohnt, wie Oberschlesien, das Oppelner Schlesien, das Teschener Schlesien, das Ermland, Masuren

61 Vgl. Henryk Dominiczak: *Granice państwa i ich ochrona na przestrzeni dziejów 966–1996* [Die Staatsgrenzen und ihre Verteidigung im Lauf der Geschichte 966–1996], Warszawa 1997, S. 67.

62 Vgl. *Dziennik ustaw* [Gesetzesblatt] 1935, Nr. 3, Pos. 27.

63 Vgl. *Oświadczenie Rządowe z 20 kwietnia 1923 r. w przedmiocie uznania granic wschodnich Rzeczypospolitej* [Regierungserklärung vom 20. April 1923 über die Anerkennung der Ostgrenzen der Republik], *Dziennik ustaw* [Gesetzesblatt] 1923, Nr. 49, Pos. 333.

64 Vgl. Kamiński, Zacharias, *Polityka zagraniczna* (wie Anm. 50), S. 54.

und das Weichselland. Nach polnischem Entwurf sollte der polnische Staat eine Fläche von 481 523 km<sup>2</sup> mit einer Einwohnerschaft von 36,645 Mio. Menschen haben.<sup>65</sup>

## 9. Wiedererrichtung Polens nach 123 Jahren Teilungen

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit nahm die Zweite Republik eine Fläche von 388 634 km<sup>2</sup> ein, d.h. fast um die Hälfte, nämlich um 344 866 km<sup>2</sup> weniger als vor den Teilungen. Polen war damit das sechstgrößte Land in Europa, nach der UdSSR, Deutschland, Frankreich, Spanien und Schweden. Die Gesamtlänge der Grenzen Polens betrug 5 529 km, darunter 240 km Seegrenze (inklusive der Halbinsel Hela). Die längste Grenze war diejenige zu Deutschland mit 1 912 km, danach zur UdSSR mit 1 412 km, zur Tschechoslowakei mit 984 km, zu Litauen mit 507 km, zu Rumänien mit 349 km, zur Freien Stadt Danzig mit 121 km und zu Lettland mit 109 km. Polen hatte etwas über 27 Mio. Einwohner<sup>66</sup> und stand damit auch hinsichtlich der Bevölkerung an sechster Stelle in Europa. Nach der Volkszählung von 1921 zählten sich 64,7 Prozent zur polnischen Nationalität, zur ukrainischen 16 Prozent, zur jüdischen 9,8 Prozent (die aber 21 Prozent der städtischen Bevölkerung stellten), 6,1 Prozent zur belarussischen, 2,4 Prozent zur deutschen, und Russen, Tschechen und Litauer stellten zusammen ca. ein Prozent der Gesamtbevölkerung.<sup>67</sup>

So erreichte das wieder errichtete Polen eine Form, die mit den Erwartungen der Nationaldemokraten übereinstimmte. Das Staatsgebiet Polens wurde aber auch von zahlenstarken nationalen Minderheiten bewohnt, die gesamt ca. 30 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Der Umgang mit den Minderheiten stellte in der Zwischenkriegszeit einen Streitpunkt zwischen den Sozialisten und den Nationalisten dar. Die Piłsudski-Anhänger propagierten ein staatliches Assimilationsprogramm, das polnischen Patriotismus mit kultureller und religiöser Selbstvergewisserung der Minderheiten verband.

Piłsudskis Pläne der Gründung eines föderativen Staates aus Polen, Litauen, Belarus und der Ukraine, dessen Fläche sich mit derjenigen der Republik der Vorteilungszeit gedeckt hätte, gingen nicht in Erfüllung. Der Verlauf und die Ausdehnung der Grenzen der Zweiten Republik stellten die Nationaldemokraten mit Dmowski an der Spitze zufrieden, die einen Nationalstaat gründen wollten, der nicht mehr als 30 Prozent nationaler Minderheiten aufweisen sollte. Dennoch war die Zweite Republik in ihrem Bemühen um ihre Existenz und um die Rückkehr zu ihren historischen Grenzen von Beginn an damit konfrontiert, zahlreiche Konflikte mit den Nachbarstaaten einzugehen. Von den sechs Staaten, mit denen Polen Grenzen teilte (Deutschland, Tschechoslowakei, Rumänien, Sowjetunion, Lettland und Litauen), waren nur die Beziehungen zu Rumänien und Lettland freundschaftlich, während sie zu den übrigen Nachbarn bis zum Zweiten Weltkrieg angespannt blieben. Deutschland behandelte Polen wie ein Land von nur temporärem Bestand, mit der Tschechoslowakei bestand die Auseinandersetzung um das Olsa-Gebiet, und mit Litauen um Wilna und das Gebiet rundum. Hervorzuheben bleibt, dass der Verlauf der Ostgrenze als Ergebnis erbitterter Kämpfe entstand, nach deren Beendigung beiden Seiten schwierige Kompromisse

65 Vgl. Czubiński, *Polska w okresie* (wie Anm. 45), S. 646.

66 Vgl. Jerzy Topolski: *Historia Polski* [Geschichte Polens], Warszawa u.a. 1992, S. 259.

67 Vgl. Garlicki, *Pierwsze lata* (wie Anm. 16), S. 195.

abgerungen wurden. Die Inhalte der Vereinbarung stellten keine Seite zufrieden, vor allem nicht die sowjetische, das kam in der Zwischenkriegszeit in den gegenseitigen zwischenstaatlichen Beziehungen zum Ausdruck. Da die politische und gesellschaftliche Situation entlang der gesamten Ostgrenze derart kompliziert war, wurde sie Linie erst am 14. März 1923 vom Botschafterrat festgesetzt und bestätigt. Sie bestand aus einzelnen Abschnitten, von denen jeder seine eigene Spezifik hatte, die aus den nachbarschaftlichen Bedingungen resultierte. Es war eine künstliche Grenze, die Gemeinden und Ortschaften durchschneidet, die seit Jahrhunderten zusammengewachsen waren. Zwar wurde alles Mögliche getan, um die lokalen Bedingungen zu berücksichtigen, aber an vielen Abschnitten war dies nicht möglich. Die polnische Ostgrenze teilte zwei verfeindete politische Systeme und führte zu einer jahrelangen Schließung. Die künstlich durchtrennten lokalen Gesellschaften hofften auf die Möglichkeit von Kontakten durch Grenzübergänge, aber dies erfüllte sich nicht. Die polnische Ostgrenze wurde zu einer Grenze zwischen zwei verfeindeten politischen Systemen, was für viele Jahre ihre Schließung bedeutete. Die angespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern dauerten die gesamten 20 Jahre der Zwischenkriegszeit an.

Aus dem Polnischen von Wiebke Rohrer, Heilbronn

### *Summary*

Even after the restoration of a sovereign Polish state the formation of the Polish border in the East remained for a long time a matter under dispute. The border demarcation in the East was complicated, not only due to ethnic factors, but also because of the controversial views on this issue held by the larger political groups close to Dmowski and Pilsudski.

The delineation of the Eastern border was to a large extent the result of bitter fights and the compromises deriving from them. The Eastern Polish border was not just a border between two hostile political systems, closed for many years and sustaining tense relationships between the two countries during the entire period between the two wars. In many individual sections the border also had an artificial character, as it separated a large number of historically developed villages as well as local social groups and families, so that relatives and family members frequently found themselves on opposite sides.